

Franz Schausberger: Viele Länder hätten ohne Hilfe der EU die aktuelle Wirtschaftskrise nicht überstanden

# „Ich hoffe auf den Vertrag von Lissabon“

**Eine Dezentralisierung in den EU-Ländern sei keinesfalls gleichbedeutend mit einer Schwächung des Gesamtstaates, sondern führe zu dessen Stärkung, ist der ehemalige Landeshauptmann von Salzburg und jetzige Leiter des „Institutes der Regionen Europas“ (IRE) Franz Schausberger überzeugt. Im Gespräch mit der Raiffeisenzeitung meint Schausberger, dass für manche neue EU-Länder der Beitritt zu schnell gekommen sei. Eine Zwischenlösung zwischen Nicht-Beitritt und Beitritt wäre nach Meinung Schausbergers sinnvoll.**

Herr Schausberger, welche Ziele hat sich das „Institut der Regionen Europas“ gesteckt?

Schausberger: Nachdem ich aus der aktiven Landespolitik ausgeschieden bin, habe ich mir überlegt, wo meine Schwerpunkte für die weitere Tätigkeit sein können und habe im Dezember 2004 das IRE gegründet. Da ich über 25 Jahre in der Regionalpolitik und viele Jahre im Ausschuss der Regionen tätig gewesen bin, habe ich eine Einrichtung geschaffen, die auf operativer und wissenschaftlicher Ebene für die Städte und Regionen Europas – insbesondere in Ost- und Südosteuropa – arbeitet. Hier die Vernetzung untereinander und den Kontakt zu Brüssel herzustellen war das Ziel, um die Regionalisierung und Dezentralisierung voranzutreiben.

Wie definieren Sie die Schlagwörter Regionalisierung und Dezentralisierung?

Schausberger: Regionalisierung bedeutet letztendlich die Abgabe von Zuständigkeiten, Kompetenzen und Aufgaben von einer zentralen Regierungsebene auf eine subzentrale Ebene zu Regionen und Kommunen. Klipp und

Schausberger: Aus der Sicht der Regionen und Städte begrüße ich den Vertrag von Lissabon wegen seiner starken Betonung des Subsidiaritätsprinzips. Er ermöglicht es, die lokale Identität in Europa zu stärken, was von vielen leider nicht zur Kenntnis genommen wird, weil sie den Vertrag nicht gelesen haben. Es gibt nur zwei Gewinner im Lissabon-Vertrag: die Regionen und Städte und das europäische Parlament. Es hat allerdings offensichtlich dieser starken Krise bedurft, damit viele wie Irland und Island umdenken und sehen, dass in einer kritischen Situation ein gemeinsames Vorgehen wichtig ist und ein Staat allein einer solchen Krise nicht Herr werden kann. Ich hoffe daher sehr, dass der Vertrag von Lissabon möglichst bald ratifiziert wird.

## Mehr Solidarität mit ärmeren Regionen

Inwiefern ist es bereits gelungen, die EU auch als politische Union zu gestalten? Schausberger: Der Weg von einer Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einer politischen Gemeinschaft ist sehr stark weitergegangen worden. Gerade in Osteuropa sind viele



Foto: Franz Neumayr/Contrast APA

**Franz Schausberger, Vorsitzender des Institutes der Regionen Europas: „Dass alle von der öffentlichen Hand kommen muss ist der falsche Ansatz.“**

Schausberger: Ein wichtiges Grundprinzip der EU ist, dass ein Standard, der einmal erreicht wurde – sei es wirtschaftlich oder unpolitisch – nicht mehr unterschritten werden soll. Das Hauptproblem ist, dass viele noch nicht erkannt haben, was eigentlich die Idee der

Vergangenheit sehr schnell selbstverständlich werden. Es wächst eine Generation heran, die die Zeiten des Kommunismus gar nicht mehr persönlich erlebt hat – ich denke aber immer noch daran wie schwierig es war, in die Länder des Ostblocks zu reisen und mit welch ungutem

men wesentlich sinken. Es ist positiv, dass manche Finanzierungsmodelle wie das Cross Border Leasing nicht mehr spruchreif sind. Ich habe Sorge davor, dass man jetzt wieder in das andere Extrem überschwenkt. Dass alles von der öffentlichen Hand kommen muss, wäre der ganz

Besteht die Gefahr, dass angesichts der Krise ruhende Konflikte innerhalb Europas verstärkt ausbrechen?

Schausberger: Historisch gesehen sind Konflikte eigentlich immer wirtschaftlich begründet und brechen in schlechten Zeiten wesentlich eher aus. Wenn es wirtschaftlich schlecht geht, beginnt man Sündenböcke zu suchen und Gegnerschaften aufzubauen. Es wäre daher ganz schlecht, wenn die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU in Richtung Protektionismus gehen würden. Wir sind auf einem guten Weg, gemeinsam europäische Lösungen für das Problem zu suchen. Wenn das nicht gelingt, habe ich Sorge, dass Strömungen wie in Ungarn stärker werden.

Wie kann man das Image der Europäischen Union verbessern?

Schausberger: Die lokalen, regionalen und nationalen Politiker interessieren sich zu wenig für Europa und kennen sich nach außen hin zu wenig dazu. Man fährt nach Brüssel und beschließt etwas mit und tut dann zu Hause so, als ob man damit nichts zu tun haben würde. Wenn etwas schief geht, wird sofort Richtung EU gezeigt, auch wenn der Großteil der Schwierigkeiten hausgemacht ist. Darin liegt auch schon die Lösung: Wir brauchen die regionalen und lokalen Politiker als Botschafter des europäischen Gedankens. Wenn wir glauben, dass die EU-Abgeordneten und Kommissare die Stimmung kippen können, wird das zu wenig sein. Wenn die neue Haltung der SPÖ zur Europäischen Union skeptisch ist, braucht man sich nicht wundern, dass die Leute das genau so sehen und mittragen. Ein offenes, klares und mutiges Eintreten auf allen Ebenen würde vieles

klar gesagt, weil es gerade in Ländern wie Serbien oft ein

Staaten erst dabei, sich verfassungsmäßig richtig zu konsti-

Europäischen Union ist: eine Solidargemeinschaft zu schaffen, die darauf ausgerichtet ist, dass ärmeren Regionen stärker gefördert werden, damit sie auf das Niveau der anderen angehoben werden. Dies geschieht nicht nur, um den ärmeren Regionen zu helfen, sondern auch um zu verhindern, dass Menschen ständig versuchen, in die reicheren Regionen zu kommen. Wir müssen schauen, dass wir die Leute zu Hause behalten. Das beste Beispiel in Österreich ist das Burgenland, das, bevor eine massive Hilfe der EU gekommen ist, unter dem Niveau der anderen Bundesländer war. Umso mehr tut mir weh, dass gerade aus dem Burgenland heftige Attacken gegen die Schengen-Regelung mit Ungarn kommen.

Ist die Integration der ehemals kommunistischen Staaten des Ostens zu schnell gegangen?

Schausberger: Bei manchen Ländern in der letzten Beitrittswelle war vielleicht das eine oder andere zu schnell. Mir würde sehr gefallen, wenn es ein Zwischending zwischen einer Vollmitgliedschaft und einer Nichtmitgliedschaft geben könnte. Was ich sehr bedauere, aber auch verstehe ist, dass die Segnungen und positiven Veränderungen zur

Gefühl man da hingefahren ist. Heute kann man von Portugal bis an die Grenze zu Serbien durchfahren – das ist geradezu ein Wunder, das wir in Europa erleben.

### Korruption wird schwer zu beseitigen sein

Wie beurteilen Sie das Problem der Korruption in diesen Ländern?

Schausberger: Korruption ist in manchen dieser Länder in der politischen Kultur fast inbegriffen und wird nicht so leicht wegzubekommen sein. Wir haben aber keinen Grund, mit erhobenem Zeigefinger auf die anderen hinzuweisen, denn auch in Österreich passieren viele Dinge, die nicht in Ordnung sind. Die Sanktionen, die gegen Bulgarien und Rumänien mit der Einfrierung der Förderungen eingesetzt wurden, haben schon ordentlich weh getan. Dass die Bulgaren eine eigene Vizepremierministerin eingesetzt haben, die sich ausschließlich mit Korruption befasst, war die Folge daraus.

Wie wirkt sich die aktuelle Krise auf Regionen und Kommunen aus?

Schausberger: Die Regionen und Gemeinden leiden, weil sie sich an riskanten Finanzaktionen beteiligt haben und weil die steuerlichen Einnah-

falsche Ansatzpunkt. Gerade in Zeiten geringerer Einnahmen muss man sich um solide Finanzierungsmöglichkeiten umschauchen, um die öffentlichen Aufgaben und Infrastrukturprojekte durchführen zu können. Es wäre ein Widerspruch, wenn Gemeinden bei weniger Einnahmen mehr Leistungen ausschließlich selber machen sollten; man braucht in Hinkunft weiterhin die Finanzierung über Banken und Modelle, in denen die öffentliche Hand nicht alle Aufgaben selber erledigen muss.

Wie beurteilen Sie das Ost-Engagements der heimischen Banken?

Schausberger: Ich glaube, dass der Vorstoß von Vizekanzler Pröll ein völlig richtiger Ansatz ist. Alle Prognosen gehen dahin, dass es 2009 noch nach unten gehen wird, 2010 eine Stabilisierung eintreten und 2011 wieder eine Aufwärtsentwicklung einsetzen wird. In diesen zwei Jahren Überbrückungsphase müssen wir eine gemeinsame europäische Lösung finden. Die Bereitschaft der EU, mehr Geld für diesen Raum für die Banken zu geben, ist in Wirklichkeit ein erster Etappensieg des österreichischen Finanzministers, auch wenn dies nicht als „Paket“ bezeichnet wird.

bewirken.

### Kommunalpolitiker vor schwierigen Aufgaben

Wie kann man Menschen zum Engagement in Regionen und Kommunen motivieren?

Schausberger: Die Aufgaben und Verantwortungen eines Kommunalpolitikers sind in den letzten Jahren immens gestiegen. Zum einen sind die rechtlichen Anforderungen komplizierter geworden, zum anderen ist der Anspruch der Bürger gestiegen – oftmals wird sofort mit anwaltlichen Maßnahmen gedroht. Da muss ein Bürgermeister auch fachlich sehr stark sein, um das bewältigen zu können. Die Kommunalpolitiker sind daher meines Erachtens zu schlecht bezahlt und es kann sich daher mancher Unternehmer nicht mehr leisten, in die Kommunalpolitik zu gehen. Ich halte es demokratiepolitisch für ein Riesenproblem, dass sich viele erfolgreiche Menschen die Politik nicht mehr antun wollen. Wir haben weiß Gott wie lange um die Gemeindeautonomie gekämpft – da kann es nicht sein, dass wir plötzlich niemand mehr hätten, der sich dafür interessiert.

Interview: Stefan Nimmervoll

*Wir haben keinen Grund, bei der Frage der Korruption mit erhobenem Zeigefinger auf die anderen hinzuweisen. Auch bei uns passieren Dinge, die nicht in Ordnung sind.*

Franz Schausberger  
Institut der Regionen Europas

Thema ist: Dezentralisierung ist genau das Gegenteil von Separatismus. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Dezentralisierung den Gesamtstaat stärkt, wenn die regionale Ebene durch das Erlangen von Kompetenzen zufrieden und wesentlich loyaler zum Gesamtstaat ist. Der Zentralstaat kann sich durch die Entlastung wesentlichen und wichtigen Aufgaben zuwenden, während viele andere Dinge bürgernäher auf der lokalen Ebene erledigt werden können. Das ist in Wirklichkeit das Subsidiaritätsprinzip, auf dem die Europäische Union sehr stark aufbaut.

Wie bewerten Sie den viel diskutierten Vertrag von Lissabon?

tuieren – das ist immer noch ein Transformationsprozess. Da ist es ganz wichtig, ihnen das Rüstzeug mitzugeben, sich in verschiedenen Ebenen zu organisieren. Ich bekenne mich aber auch ganz klar dazu, dass wir die Regionen wirtschaftlich stärken müssen, damit wir der Zentralisierung auch in wirtschaftlichen Bereichen entgegenwirken. In Ungarn ist beispielsweise momentan ein unheimlicher Zentralisierungsprozess im Gange, was bedeutet, dass die Randregionen ausgehungert werden und die Leute wegziehen.

Bedeutet die Angleichung der Niveaus nicht, dass wir von unseren Standards heruntersteigen müssen?